

IHR UPDATE AUS BERLIN

Abgeordneten-Newsletter: Jan-Wilhelm Pohlmann MdB



AKTUELLES AUS BERLIN

Jan-Wilhelm Pohlmann MdB

Liebe Leserinnen und Leser,

nach den drei Landtagswahlen befindet sich die Union in der vermutlich größten Krise ihrer Geschichte.

Die Menschen erwarten, dass die alltäglichen Probleme gelöst werden. Dazu zählen beispielsweise die hohen Kraftstoffpreise. Hier haben wir gezeigt, dass wir schnell handlungsfähig sind und haben ab dem 01.10. einen weiteren Tankrabatt eingeführt.

Neben der Lösung der alltäglichen Probleme müssen wir aber daran festhalten unsere Sozialsysteme zu reformieren und zukunftsfest zu machen, damit auch unsere Kinder noch davon profitieren können.

In dieser Woche haben wir mit der Frühstartrente für Kinder zwischen 6 und 18 Jahren eine wichtige Reform in den Bundestag eingebracht.

Ich wünsche Ihnen viel Freude bei der Lektüre und freue mich über Ihre Anregungen und Rückmeldungen.

Herzliche Grüße
Ihr Jan-Wilhelm Pohlmann

DIESE AUSGABE ENTHÄLT:

Seite 1:
Aktuelles aus Berlin

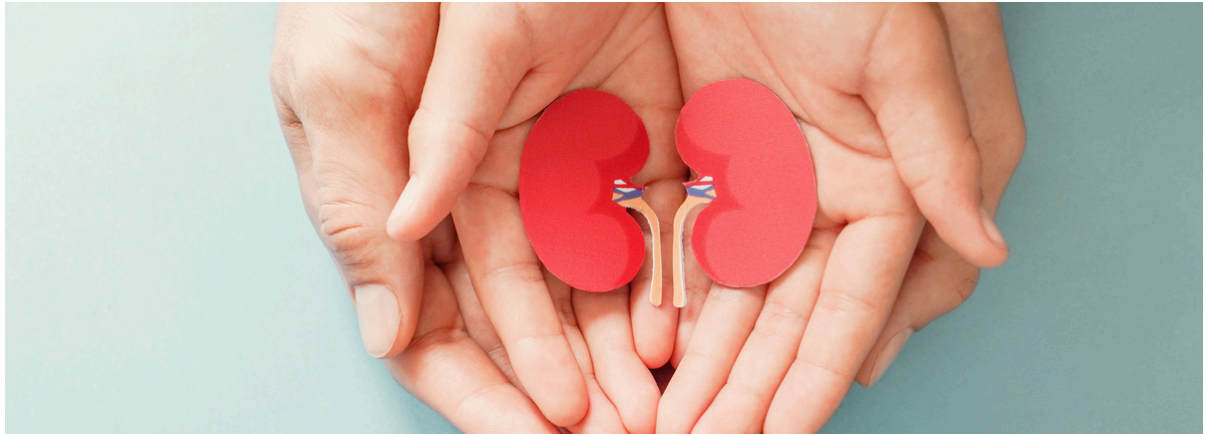
Seite 2:
Organspende

Seite 3:
Verteidigungshaushalt

Seite 4:
Reform der
Nachrichtendienste

Seite 5:
Frühstartrente

„WENN EINE ENTSCHEIDUNG ÜBER DAS EIGENE LEBEN HINAUSREICHT“



Organspende ist für mich vor allem eine Frage des Menschlichen. Hinter jeder Spende steht ein Mensch – und hinter jedem Menschen, der auf ein Organ wartet, die Hoffnung auf ein Weiterleben. In diesem Monat haben wir darüber auch im Deutschen Bundestag in erster Lesung debattiert. Zwei Anträge stehen dabei im Mittelpunkt – und ich finde, beide Seiten verdienen es, ernst genommen zu werden.

Die Debatte um die Widerspruchslösung berührt einen grundlegenden Konflikt. Auf der einen Seite steht das Recht jedes Menschen, selbst über den eigenen Körper zu bestimmen. Niemand sollte gegen seinen Willen zum Organspender werden. Auch das Argument, dass Schweigen nicht automatisch Zustimmung bedeuten darf, verdient Respekt. Ebenso wichtig ist das Vertrauen der Menschen in unser Gesundheitssystem.

Auf der anderen Seite stellt sich für mich die Frage, ob wir wirklich alles dafür tun, dass eine freiwillige Entscheidung überhaupt zustande kommt. 85 Prozent der Menschen stehen der Organspende grundsätzlich positiv gegenüber. Gleichzeitig ist die tatsächliche Dokumentation des eigenen Willens noch viel zu gering. Deshalb müssen wir darüber sprechen, wie wir aus einer grundsätzlich hohen Bereitschaft mehr konkrete Entscheidungen machen können. Durch bessere Information, einfache Registrierung und weniger bürokratische Hürden. Das bestehende Register muss leichter zugänglich werden und niemand sollte an Technik oder komplizierten Verfahren scheitern.

Für mich bleibt entscheidend, dass Organspende niemals eine Frage des Misstrauens sein darf. Sie ist eine zutiefst persönliche Entscheidung, aber eben auch eine Entscheidung, die einem anderen Menschen eine zweite Chance geben kann. Gerade deshalb müssen wir einen Weg finden, der Selbstbestimmung und die Chance auf mehr lebensrettende Organspenden miteinander verbindet.



VIEL INPUT UND WENIG OUT – IST DIE BUNDESWEHR AUF DEM RICHTIGEN WEG?

Der Verteidigungshaushalt wächst 2027 auf 139,6 Milliarden Euro. Damit stellt sich zu Recht die Frage: Investieren wir richtig – und kommt das Geld am Ende auch dort an, wo es gebraucht wird? Die Herausforderung für die Bundesregierung ist deshalb enorm: beschaffen, was heute gebraucht wird, schnell liefern und sicherstellen, dass es tatsächlich bei der Truppe ankommt. Auch die Industrie steht dabei vor großen Herausforderungen. Der Ukrainekrieg zeigt zudem: Was gestern noch modern war, kann heute bereits überholt sein. Deshalb müssen wir Fähigkeiten und Strukturen schneller an neue Bedrohungen anpassen.

Entscheidend ist nun, welche Fähigkeiten wir künftig benötigen. Den Etat für Wehrforschung erhöhen wir um gut eine Milliarde Euro. Zukunftstechnologien, eine bessere Analyse wehrtechnischer Entwicklungen und eine schnellere Umsetzung in der Truppe sind dabei zentral. Innovationszentren und der Cyber Innovation Hub können helfen Innovation schneller zur Truppe zu bringen. Dafür brauchen wir auch zusätzliche staatliche und private Finanzierungsmöglichkeiten.

Bis 2030 wollen wir rund 35 Milliarden Euro in Satellitenkommunikation investieren und auf europäischer Ebene ein Pendant zu Starlink aufbauen. Doch ohne eigene Startkapazitäten bleiben diese Investitionen unvollständig. Deutschland braucht deshalb langfristig einen eigenen oder zumindest einen europäischen Weltraumbahnhof.

Das sind nur einige Beispiele. Klar ist: Moderne Verteidigung braucht nicht nur mehr Geld, sondern vor allem Tempo, Technologie und den Willen, aus neuen Bedrohungen die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Mit dem Ziel, bereits 2029 3,5 Prozent des BIP für Verteidigung zu erreichen, schaffen wir dafür die finanziellen Voraussetzungen. Meine Rede dazu im deutschen Bundestag finden Sie hier: <https://dbtg.tv/cvid/7656607>



REFORM DER NACHRICHTENDIENSTE

Deutschland steht vor einer veränderten Sicherheitslage. Cyberangriffe, Spionage, Terrorismus, hybride Bedrohungen und staatliche Einflussoperationen stellen die Nachrichtendienste vor neue Herausforderungen. Der geplante Umbau des Nachrichtendienstrechts setzt deshalb an einem wichtigen Punkt an: BND und BfV sollen technisch und rechtlich in die Lage versetzt werden, moderne Bedrohungen frühzeitig zu erkennen und Deutschland auch im internationalen Austausch handlungsfähig zu halten. Dazu gehören zeitgemäße technische Aufklärung, moderne Analyseverfahren und eine bessere Zusammenarbeit mit internationalen Partnerdiensten. Gleichzeitig zieht der Gesetzentwurf Konsequenzen aus der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Neue Befugnisse müssen präzise gesetzlich geregelt und mit einer wirksamen, unabhängigen Kontrolle verbunden werden. Die stärkere Bündelung der Rechtskontrolle beim Unabhängigen Kontrollrat (UKRat) ist dabei ein zentraler Bestandteil der Reform.

Für den Militärischen Abschirmdienst (MAD) ist die Reform anders gelagert. Das MAD-Gesetz wurde erst Anfang 2026 umfassend neu gefasst. Deshalb geht es für den MAD weniger um einen weiteren großen Befugnissprung, sondern vor allem um klare Verfahren, Kontrolle und funktionierende Schnittstellen zu BND und BfV.

Die Reform bietet damit die Chance, das Nachrichtendienstrecht moderner, klarer und leistungsfähiger aufzustellen. Das ist vor allem in Bezug auf andere ausländische Dienste sehr gut gelungen. Hier werden wir zukünftig auf Augenhöhe agieren können.



„WIR GEBEN DER ALTERSVORSORGE EINEN FRÜHEN START“

Im Deutschen Bundestag haben wir in der letzten Sitzungswoche viele wichtige Vorhaben auf den Weg gebracht. Insgesamt 27 Gesetze in erster Lesung – von der Reform unserer Nachrichtendienste bis hin zur Frühstartrente.

Für die Generation unserer Kinder und Enkel müssen wir nämlich schon heute vorsorgen. Mit der Frühstartrente wollen wir deshalb bereits im Kindesalter den Grundstein für die private Altersvorsorge legen.

Die Idee ist einfach: Für Kinder, die 2026 sechs Jahre alt werden, soll der Staat rückwirkend zum 1. Januar 2026 monatlich zehn Euro in ein kapitalgedecktes Vorsorgedepot einzahlen. Ab 2027 kommt dann jedes Jahr der nächste Jahrgang hinzu. Das Geld wird langfristig am Kapitalmarkt angelegt und bis zum Renteneintritt weiterwachsen.

Von Bedeutung ist dabei nicht nur, dass die Frühstartrente beim Vermögensaufbau helfen wird, sondern dass Kindern und Jugendlichen früh vermittelt wird, wie Sparen und Investieren funktioniert. Wer schon in jungen Jahren versteht, wie langfristiger Vermögensaufbau funktioniert, kann später selbstbewusster finanzielle Entscheidungen treffen.

Der lange Anlagezeitraum macht einen besonders großen Unterschied. Das merken viele heute in der Regel relativ spät. Selbst aus vergleichsweise kleinen monatlichen Beträgen kann über viele Jahrzehnte ein beachtliches Polster entstehen. Wer später zusätzlich einzahlt und das Depot als Altersvorsorge weiterführt, kann daraus eine wichtige Ergänzung zur gesetzlichen und betrieblichen Rente machen.

Heute Entscheidungen zu treffen, von denen unsere Kinder und Enkel morgen profitieren. Das bedeutet für mich gute Politik mit Weitblick. Genau das wollen wir mit der Frühstartrente erreichen: früh anfangen, langfristig vorsorgen und der nächsten Generation mehr Möglichkeiten für ihre Zukunft geben.